



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



Foto: Gregor Häfner

„Jünger und weiblicher“: Nach der LT-Wahl nimmt das neue Team um LH Niessl die Arbeit auf - Seiten 2, 3

Gemeindestudie 2015:
Bürgermeister genießen weiterhin das höchste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger
Seite 5

Finanzausgleich - Fakten und Zahlen: GVV Burgenland fordert: jeder Bürger muss gleich viel wert sein
Seite 6

Top Service: Die GMOA and more-Akademie setzt ihre erfolgreichen Schulungen im Herbst fort
Seite 7

Klartext !**Wir müssen unsere Zukunft neu denken!**

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Das Ergebnis der Landtagswahlen mit dem Verlust von drei Mandaten ist schmerzlich und es gibt auch nichts schönzureden. Jetzt geht es darum, dieses Signal richtig zu verstehen und entsprechende Veränderungen vorzunehmen. Als Mitglied und Gemeindevertreter im Verhandlungsteam zur Regierungsbildung war mir diese neue Politik auch für die von uns bevorzugte Koalition mit der ÖVP sehr wichtig.

Neue Wege oder Opposition?

Die ÖVP wollte sich aber an die Macht tricksen und die SPÖ in die Opposition drängen. Der langjährige Regierungspartner, der – wie so oft auch in den Gemeindevorständen – auch in dieser Verantwortung bereits über Jahre Regierungsopposition betrieb, wollte diese historische Situation nutzen und sich damit auch für die kommenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen einen entscheidenden Vorteil herausholen (siehe z.B. den Auszug aus meinem letzten „Kommentar Neue Gemeinde“ vor der LTW: ... wir Gemeindevertreter wissen, dass wir nur gemeinsam erfolgreich sein können! Sozialdemokratische Gemeinden können vor allem auch mit einem sozialdemokratischen Landeshauptmann Hans Niessl und seinem Team Unterstützung erhalten und erfolgreich sein. Mit der Abschaffung des Proporz geht es schließlich auch um die Zuständigkeit für die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden.). Es ist mir bewusst, dass einige Bürgermeister und Gemeindevertreter das Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ nur schwer akzeptieren können, aber ich bitte angesichts dieser schwierigen Situation um Verständnis. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den zahlreichen KommunalpolitikerInnen, die ihr Verständnis und ihre Unterstützung für die Sozialdemokratie in dieser schwierigen Situation zum Ausdruck gebracht haben.

Neustart

Wir können nun die Gestaltungskraft der Sozialdemokratie fortsetzen. Wir haben auf allen Ebenen große Herausforderungen zu stemmen und wir müssen den umfassenden Erneuerungsprozess strukturiert vorantreiben. Das gilt auch im Hinblick auf die nächsten Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Wir müssen aus der Erfahrung der Landtagswahl lernen und auch auf kommunaler Ebene Veränderungen zulassen bzw. einleiten. Im personellen Bereich genauso wie im Bereich des Miteinander.

Aus dem Landtagsprotokoll (meine letzte Rede) vom 26.3.2015 ist zu entnehmen: „Wir müssen uns daher auch eingestehen, was manchmal falsch läuft in der Politik. Auch wenn es mir selbst vielleicht nicht immer gelungen ist, bin ich auch überzeugt davon, dass wir einander mehr zuhören sollten und mehr gegenseitigen Respekt aufwenden müssen. Egal, ob als Abgeordnete untereinander, zwischen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, oder zwischen den BürgerInnen und uns Volksvertretern.“

Politik – das ist eben nicht nur die verkürzte Außensicht von Repräsentation, Preisverleihungen, Empfängen und Reden. Das ist die Überzeugung von uns allen hier, egal aus welchem weltanschaulichen Lager wir kommen, unser Heimatland Burgenland weiter zu entwickeln. Die Verantwortung für dieses prioritäre Ziel muss, meiner Meinung nach, gegenüber parteipolitischen oder gar persönlichen Absichten die Oberhand behalten. Denn manchmal habe ich das Gefühl, Politik wird immer mehr zum Kampf um Schlagzeilen, hat immer weniger Raum und Tiefe für die eigentlichen Aufgaben, und ich nehme mich hier in keiner Weise aus. Das ist kein Vorwurf und keine Kritik am Einzelnen, es ist eine Systemfrage.

Vielleicht kann gerade die Kommunalpolitik eine Vorbildfunktion einnehmen! Denn meiner Meinung nach hat die Kommunalpolitik nicht von ungefähr den nachweislich mit Abstand

höchsten Vertrauensspruch bei den Menschen. Und für mich ist Vertrauen in den anderen einer der wichtigsten Rohstoffe in der Politik! Ja, nach über 13 Jahren als Bürgermeister kann ich sagen: Die Kommunalpolitik erdet ungemein und ist Lebensschule im Umgang mit den Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich meine, eine Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden ‚auf Augenhöhe‘, ein Miteinander zwischen Regierungsmitgliedern und Bürgermeistern, zwischen Abgeordneten und Gemeindevertretern, ist essentiell für den gemeinsamen Erfolg unseres Heimatlandes. Wenn diese Zusammenarbeit über Parteigrenzen optimal läuft, können wir uns viel Aufwand an der Oberfläche der Politik ersparen.

Die Unternehmenskultur bestimmt zumeist auch die Produktqualität, und das ist sicherlich auch in der Politik und bei unserem politischen Wirken ein Qualitätskriterium. Wie bereits gesagt: Wenn wir dieses Verbesserungspotential heben, werden wir uns als Politiker weiterentwickeln und der Rohstoff Vertrauen wird erneuerbar und nachhaltig.“

In diesem Sinn bitte ich um Zusammenhalt und Zusammenarbeit. Wir sollten aber ab sofort auch alle Maßnahmen zur Erneuerung ergreifen, damit bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen das Vertrauen der Menschen wieder klar mehrheitlich bei den Persönlichkeiten der Sozialdemokratie liegt.

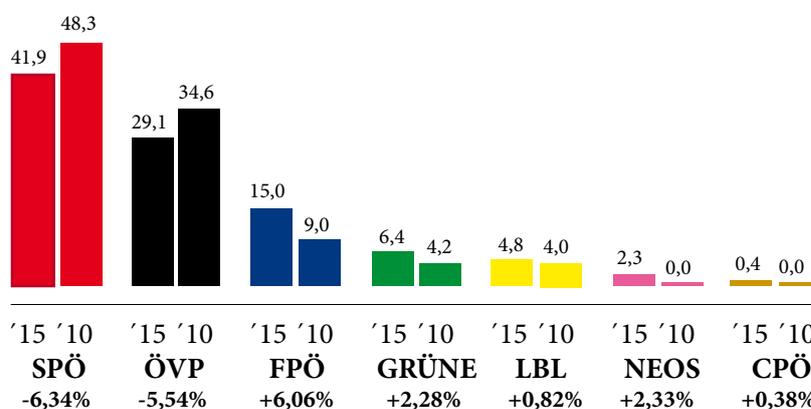
Mit freundschaftlichen Grüßen
Bgm. Erich Trummer
Präsident GWV Burgenland

SPÖ beschließt Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ

Landtagswahl 2015: SPÖ bleibt Erste, aber mit starken Verlusten! ÖVP verliert ebenfalls stark! FPÖ gewinnt stark dazu, LBL schafft Wiedereinzug in den Landtag! SPÖ und FPÖ einigen sich auf die Bildung einer Regierung.

Die SPÖ verliert 6,3 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl 2010 und kommt auf 41,9% der Stimmen und bleibt weiter die stimmenstärkste Partei im Burgenland. Die ÖVP verliert 5,5 Prozentpunkte, kommt auf 29,1% und hat damit den historischen Tiefstand erreicht. Die FPÖ gewinnt 6,1 Prozentpunkte und kommt auf 15,0% der Stimmen. Die Grünen gewinnen 2,3 Prozentpunkte dazu, sie erhalten 6,4%. Die LBL schafft den Wiedereinzug in den Landtag klar und kommt auf 4,8% (plus 0,8). In Mandaten bedeutet das Ergebnis: 15 Mandate für die SPÖ (-3), 11 Mandate für die ÖVP (-2), 6 für die FPÖ (+3), 2 für die Grünen (+1) und 2 für die LBL (+1). Die Wahlbeteiligung lag bei 76,04% (2010 77,30%. 8,55% der WählerInnen nutzten den „Zweiten Wahltag“.

Nach intensiven Koalitionsverhandlungen



zwischen SPÖ und FPÖ wurde ein rot-blaues Arbeitsübereinkommen geschlossen. Schwerpunkte sind u. a. die Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung von Burgenländerinnen und Burgenländer durch ein Bonus-System bei Förderungen.

SPÖ-Regierungsteam „jünger und weiblicher“

Landeshauptmann Hans Niessl (zuständig zusätzlich u.a. für Bildung), **Landesrat Helmut Bieler** (Kultur, Finanzen und Infrastruktur) und **Landesrätin Verena Dunst** (Frauen, Familien, Agrar) bleiben in ihren Funktionen

und bringen ihr Fachwissen und ihre Erfahrung weiterhin für das Burgenland ein.

Mag. Norbert Darabos wird Gesundheits- und Soziallandesrat und ist auch für Arbeitsmarkt und Asyl zuständig. Er ist ein erfahrener Politiker und Burgenland-Kenner.

Mag.a Astrid Eisenkopf wird Zukunftslandesrätin (u.a. für Jugend, Energie, Umwelt und Gemeindefürsorge). Die 31-jährige Wirtschaftsjuristin ist stellvertretende Bezirksfrauen-Vorsitzende im Bezirk Eisenstadt/Umgebung und stellvertretende Ortspartei-Vorsitzende in Steinbrunn.

Vorwort !



Mag. Herbert Marhold

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Der GVV Burgenland hat sein Service und seinen Außenauftritt 2015 wieder weiterentwickelt. Die völlig neu gestaltete Homepage des Verbandes, die jetzt technisch einiges mehr kann, wurde sehr gut angenommen. Das zeigen uns die Zahlen der Zugriffe. Seit März ist es ja möglich, alle Inhalte der Homepage in vollem Umfang auf allen Endgeräten, also PC, Tablet sowie Smartphone, zu nutzen! Besonders stolz sind wir auf unseren „Kommunalen Werkzeugkoffer“ - der jetzt direkt auf dem Smartphone in vollem Umfang genutzt werden kann. Wir haben ja allen SPÖ-Mitgliedern auf kommunaler Ebene per Post ihren persönlichen Zugangscodes übermittelt. Auch hier sprechen die Zahlen der Zugriffe eine deutliche Sprache. Unser Ziel war es, insgesamt den multimedialen Ansprüchen der heutigen Zeit gerecht zu werden, unsere Funktionäre in den Gemeinden bestmöglich zu unterstützen und insgesamt den GVV Burgenland weiter als Vorreiter zu positionieren. Auch aus anderen Verbänden und Organisationen haben wir für dieses „Online-Tool“ großes Lob bekommen. Als kleiner Verband mit beschränkten finanziellen und personellen Möglichkeiten ist es einfach notwendig, schnell und innovativ zu arbeiten. Diesen Vorteil haben wir genutzt.

Unser Anspruch ist es, immer mit der Zeit zu gehen. Wir wollen die moderne Kommunalpolitik unserer Gemeindevertreter mit entsprechend innovativen Mitteln unterstützen. In Zeiten, wo immer mehr Menschen Tablets und Smartphones für ihre politische Arbeit nutzen, haben wir die Bedürfnisse unserer Funktionäre aufgenommen und diesen großen Schritt in eine gemeinsame erfolgreiche Zukunft gesetzt. Nicht vergessen wollen wir dabei aber den persönlichen Kontakt. Er ist durch nichts zu ersetzen. Das haben wir auch bei der Landtagswahl 2015 wieder gesehen. Persönliche Beratung, Seminare, direkter Kontakt des GVV mit den Funktionären müssen und werden wesentlicher, zentraler Bestandteil unserer Arbeit bleiben.

Ich wünsche damit all unseren Funktionärinnen und Funktionären auf kommunaler Ebene, allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern und Bediensteten in den Gemeinden sowie allen Freunden und Sympathisanten des GVV Burgenland einen schönen und erholsamen Sommer!

67. Jahreshauptversammlung der Amtmänner/frauen

Mitte Juni fand in der nordburgenländischen Gemeinde Neudörfel im Bezirk Mattersburg die 67. Jahreshauptversammlung der Amtmänner/frauen des Burgenlandes statt. Unter den zahlreichen Ehrengästen waren neben LH Hans Niessl auch GVV Präsident Erich Trummer und GVV Vizepräsidentin Bundesrätin Inge Posch-Gruska.

Organisiert wurde das Treffen wie jedes Jahr vom Obmann des Fachverbandes der burgenländischen Amtmänner/frauen Amtsleiter Peter Pohl aus Antau. Neben den politischen Ansprachen und dem Rechenschaftsbericht konnte Dr. Susanne Steiger-Moser zum Thema „Grenzland Burgenland“ für einen Fachvortrag gewonnen werden. Auch ein Betriebsbesuch in der Industriegemeinde Neudörfel sowie ein gemütli-



GVV Präsident Erich Trummer mit Amtsleiter Peter Pohl, GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska und OAR Alfred Wiesinger bei der Jahreshauptversammlung in Neudörfel (v. l.)

Foto: GVV Burgenland

cher Ausklang bei einem Heurigen standen auf dem Tagesprogramm.

Bei der diesjährigen Versammlung, die wie

immer ausgezeichnet besucht war, hat sich gezeigt, dass es fast schon mehr Amtsleiterinnen im Burgenland gibt, als männliche Kollegen.

Gemeindestudie: Kinderbetreuung & Pflege sind Top-Themen Bürgermeister genießen weiterhin das höchste Vertrauen

Die Gemeindestudie 2015 stellt den Gemeinden ein gutes Zeugnis aus. 93 Prozent der Menschen bezeichnen die Lebensqualität in ihrer Gemeinde als „sehr bzw. eher hoch“. „Die konkreten Lösungen für ihre Probleme erwarten die Menschen am ehesten von der Gemeindeebene. Kinderbetreuung, Pflege und Infrastruktur stehen weit oben auf der Agenda“, so GVV Präsident Erich Trummer.

Mehr als die Hälfte der 1.000 Befragten glauben, dass sie auf Gemeindeebene am meisten mitbestimmen können. Die Bürgermeister/innen genießen mit 39 Prozent die mit Abstand größte Zustimmung. In kleinen Gemeinden ist dieser Wert mit 45 Prozent am höchsten. 71 Prozent vertrauen ihren Gemeindevertretungen. Schon bei den Landtagen sinkt dieser Wert deutlich ab, vom Nationalrat ganz zu schweigen. Dass die Gemeindeebene auch in Zeiten, in denen viele Entscheidungen auf EU-Ebene fallen, wichtiger wird, empfinden auch die Menschen: 84 Prozent würden sehr bzw. eher dem Satz zustimmen: „Politik auf Gemein-

deebene wird immer wichtiger, weil sie am nächsten bei den Bedürfnissen und Anliegen der Menschen ist.“

Deutlich waren die Antworten der Befragten auf die Frage, auf welcher Ebene sie mehr mitbestimmen können: 55 Prozent antworteten „in der Gemeinde/Stadt“. Für 69 Prozent ist die Mitbestimmung an politischen Entscheidungen sehr bzw. eher wichtig.

Eine gute Kinderbetreuung steht ganz oben auf der Prioritätenliste der Menschen. Dies deckt sich auch mit der Einschätzung der meisten Bürgermeister/innen. „Sowohl die Betreuungsquote, als auch die Zufriedenheit mit dem Angebot ist messbar sehr groß“, so Trummer. Viele Gemeinden unternehmen große Anstrengungen, um ein adäquates Angebot zu schaffen.

Auch die bestmögliche Pflegeversorgung liegt den Befragten sehr am Herzen. Hier geht es darum, darauf zu achten, die unterschiedlichen Pflege- und Betreuungsformen gleichzustellen. Während in den

ländlichen Gebieten die Hauspflege noch eine viel größere Rolle spielt, ist in den Ballungsräumen die institutionelle Pflege in fixen Einrichtungen ein Bereich, der immer höhere Investitionen erfordert. Andererseits geht es natürlich auch um die Finanzierung. „Die Absicherung des Pflegefonds ist mit Sicherheit eine der wichtigsten Aufgaben im kommenden Finanzausgleich“, so Trummer, „eine faire Kostentragung, an der sich alle Gebietskörperschaften beteiligen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“

Bei der klassischen Infrastruktur dürfen sich die Gemeinden über eine extrem große Zufriedenheit der Menschen freuen. Wasser, Kanal und Müllentsorgung funktionieren in den Gemeinden hervorragend. Das wird auch geschätzt. Interessant ist, dass sich die Herausforderungen sehr stark in einen Bereich verschoben haben, der eigentlich nicht direkt bei den Gemeinden liegt. Medizinische Versorgung, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten, usw. nehmen an Bedeutung zu. Hier erwarten sich die Menschen offenbar, dass die Gemeinden noch stärker mitwirken.



**energie
BURGENLAND**

Ich bin Energie-Gewinnerin.
Weil ich zwar viele Kalorien
verbrauche – aber wenig Energie.

**Energie effizient
nutzen.**

Adriana S.
Energie-Gewinnerin.

Für eine schlanke Figur müssen Sie sich abstrampeln – für einen schlanken Energieverbrauch jedoch nicht. Energie Burgenland unterstützt Sie beim Energiesparen: mit wertvollen Energiespar-Tipps, individuellen Energieberatungen und natürlich mit den Bonuspunkten, die sich beim Kauf von energieeffizienten Geräten in bares Geld verwandeln. www.energieburgenland.at

GVV-Forderung: jeder Bürger muss gleich viel wert sein Finanzausgleich – Was ist das? Wie funktioniert er?

Ende April ist der politische Startschuss zu den Verhandlungen zum FAG 2017 erfolgt. Über den Finanzausgleich (FAG) werden jene Steuereinnahmen, die der Bund einhebt, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Dabei geht es um rund 85 Milliarden Euro pro Jahr, von denen die Gemeinden in der Regel 11,883 % erhalten, die so genannten „Ertragsanteile“. Die Bundesländer, die ja selbst überhaupt keine Steuern einheben, bekommen ungefähr den doppelten Prozentsatz. Der Finanzausgleich ist eine Vereinbarung, die einvernehmlich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhandelt und beschlossen werden muss. Das geschieht alle vier bis sechs Jahre. Bei den Gemeinden (ohne Wien) liegen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich im Jahr 2013 bei rund 6,1 Mrd. Euro, das ist ungefähr ein Drittel der Gemeindebudgets insgesamt. Die anderen zwei Drittel nehmen die Gemeinden aus eigenen Steuern (Kommunalsteuer, Grundsteuer) sowie über Gebühren, Abgaben und Dienstleistungen ein.

Mit Abschluss eines Finanzausgleichs werden

naturgemäß auch die Aufgaben vereinbart, die jede Ebene zu übernehmen und zu finanzieren hat. Kommen im Laufe einer FAG-Periode neue Aufgaben dazu, dann muss über deren Finanzierung gesondert verhandelt werden, oft endet das im Abschluss von 15a-Verträgen zwischen Bundesländern und Bund. Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung etwa war so ein Fall. Hier hat der Bund den Ausbau forciert und beschlossen und abseits des Finanzausgleichs dafür auch Mittel bereitgestellt.

Grundsätzlich werden die Finanzmittel „pro Einwohner“ an die Gemeinden ausbezahlt. Je mehr hauptwohnsitzgemeldete Einwohner eine Gemeinde hat, umso mehr Geld bekommt sie. Darüber hinaus besteht immer noch der so genannte „abgestufte Bevölkerungsschlüssel“, über den Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 10.000 Einwohnern auch mehr Geld pro Einwohner bekommen. Eine Stadt mit mehr als 50.000 Einwohnern bekommt beispielsweise den 2,3-fachen Betrag pro Kopf. Diese Regelung stammt im Grundsatz noch aus der Nachkriegszeit, als die größeren Städte deutlich größere Kriegsschäden zu verkraften hatten und mehr Geld für den Wiederaufbau benö-

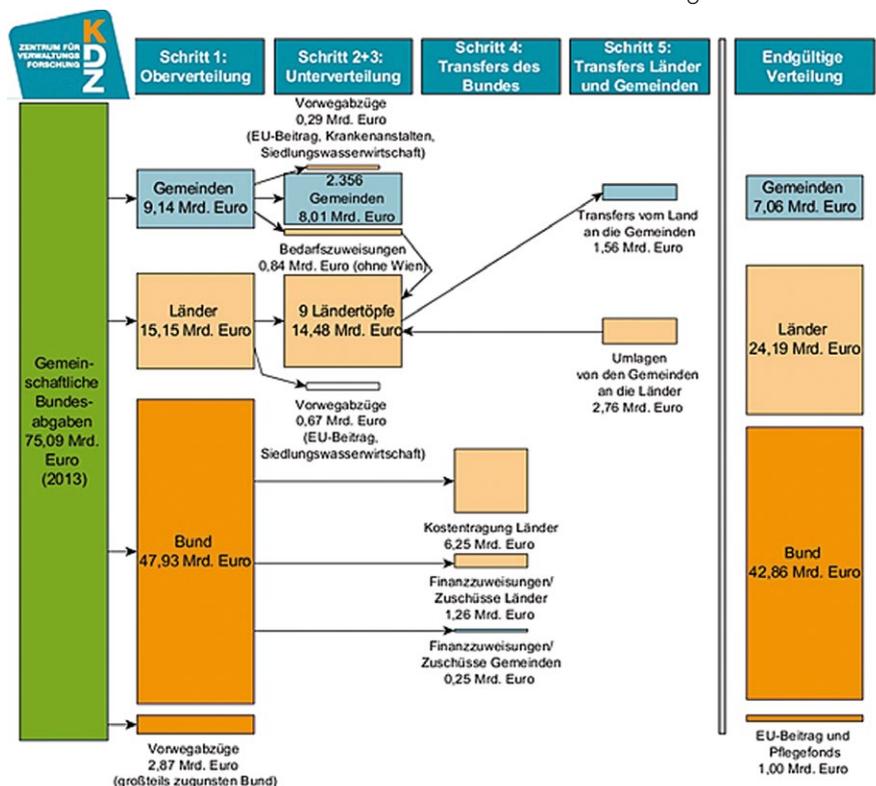
tigten. Heute wird vielfach mit den „überörtlichen Aufgaben“ der großen Städte argumentiert, wie zum Beispiel der Bereitstellung von Infrastruktur wie Universitäten, Spitäler usw... Weil aber auch kleinere Gemeinden Aufgaben und Bedürfnisse haben, die in großen Städten nicht vorhanden bzw. billiger sind, muss es auch dafür mehr Geld geben. Am Land sind etwa deutlich mehr Straßen notwendig, auch die Versorgungsleitungen von Wasser oder Kanal sind länger, aufwändiger und daher teurer. Der GVV Burgenland fordert schon lange, dass alle Einwohner im Bundesgebiet gleich viel wert sind, egal ob in Vorarlberg oder im Burgenland, egal ob in einer großen Stadt oder in einer kleinen Gemeinde. Erst wenn in einem ersten Schritt alle gleich sind, kann man in einem zweiten Schritt eine Aufgabenteilung vornehmen und dafür extra Geld zuteilen. Diese Ansicht – die auf eine Initiative des GVV Burgenland zurückgeht – wird mittlerweile von vielen Ländern und kommunalen Landesverbänden geteilt wird als wichtige Position des Österreichischen Gemeindebundes bei den FAG Verhandlungen einfließen! Auch die Forderung nach einem Strukturfonds für strukturschwache Regionen geht auf eine Initiative der GVV Burgenland zurück!

Breitbandausbau: Frist endet am 31. August

Im Mai fiel der Startschuss für das Leerverrohrungsprogramm in Gemeinden zum Breitbandausbau. Insgesamt 300 Millionen Euro an Förderungen stehen 2015 dafür bereit. Neben der Leerverrohrung entfallen 100 Millionen Euro auf das Flächenprogramm („Access“), 100 Millionen Euro auf die Anbindung bestehender Netze („Backhaul“) sowie 15 Millionen Euro auf die Innovationsförderung A1:net.

Die Einreichfrist endet am 31. August um 12 Uhr. Förderbar sind nur Kosten, die direkt mit dem Breitbandausbau zusammenhängen. Die Gemeinde muss mindestens 10% der Kosten für die Leerverrohrung selbst tragen, bis zu 50%, aber maximal 500.000 Euro, trägt der Bund.

Ansprechpartnerin für erste Fragen: Ing. Sandra Krutzler (RMB), 02682-704-2436, sandra.krutzler@rmb.co.at
Weitere Infos: siehe Infobrief RMB



Die Grafik zeigt, wie der FAG derzeit strukturiert ist. Grafik:Gemeindebund Österreich/KDZ

GMOA and more – Akademie: Zweiter Durchgang startet ab Herbst

Bereits im Herbst 2014 startete der GVV gemeinsam mit dem Renner Institut Burgenland und der SJ Burgenland die erste Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland. Nach sechs intensiven Modulen schlossen im vergangenen Dezember 20 junge politische Nachwuchshoffnungen aus allen Landesteilen erfolgreich die erste „GMOA and more-Akademie“ ab.

Am 4. September 2015 startet diese einzigartige Ausbildungsmöglichkeit für junge GemeinderätInnen und zukünftige AnwärterInnen auf einen Platz im Gemeinderat nun in die zweite Runde. Auch dieses Mal gliedert sich die Akademie wieder in sechs verschiedene Module und umfasst die verschiedensten Themenbereiche: Geschichte der Sozialdemokratie, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Gemeindeordnung, Jugendarbeit in der Gemeinde sowie Pro-

jektmanagement. Mit Viktoria Wagenristl (aus Hirm) und Bernd Bradl (aus Rechnitz) begleiten auch in diesem Jahr zwei erfahrene JugendgemeinderätInnen die Akademie und stehen den TeilnehmerInnen mit Rat und Tat zur Seite.

Zwei Jahre vor der nächsten Gemeinderatswahl bietet die Akademie für Ortsparteien eine tolle Möglichkeit, sich bereits im Vorfeld bestmöglich aufzustellen und zukünftige AnwärterInnen auf einen Platz im Gemeinderat zur „GMOA and more-Akademie“ zu entsenden. Denn schließlich will politisches Handwerk für eine zukunfts-trächtige Gemeindepolitik gelernt sein!

Weitere Infos sowie Anmeldung zur „GMOA and more-Akademie“ unter claudia.schlag@spoe.at bzw. 02682/775 212. Anmeldeschluss ist der 1. August 2015.



Ausbildungsmöglichkeit für junge GemeinderätInnen und zukünftige AnwärterInnen auf einen Platz im Gemeinderat: Die GMOA and more-Akademie bietet tolle Möglichkeiten, das politische Handwerk für eine zukunfts-trächtige Gemeindepolitik zu lernen.

Foto: GMOA and more-Akademie

Seminare Steuerrecht für MandatarInnen

Auch heuer fanden wieder drei Seminare zur Thematik Steuerrecht für kommunale MandatarInnen statt. Für viele Funktionäre ergibt sich durch das Zusammentreffen mehrerer Bezüge im Regelfall eine Nachzahlung an Einkommenssteuern. Umgekehrt investieren viele im Rahmen ihres kommunalpolitischen Engagements Geld und Ressourcen, die bei ihrer Steuererklärung geltend gemacht werden können. Doch welche Regelungen gilt es hierbei zu beachten und wie kann die eigene Steuerleistung minimiert werden? Darauf wird in diesen Seminaren, die im Rahmen der KOPAK vom GVV Bur-

genland und RI Burgenland organisiert werden, mit Steuerberater Harald Wild eingegangen. Neben, Neusiedl und Stegersbach fand auch in Mattersburg ein solches Seminar mit reger Beteiligung statt.



GVV LGF
Mag. Herbert Marhold, RI LGF
Mag. Claudia Schlag, Steuerberater Harald Wild
Foto: GVV Burgenland



EU-Parlament beschließt Position zu TTIP

Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) verabschiedete am 28. Mai den Bericht mit den Empfehlungen des EU-Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über TTIP.

Die Eckpunkte der Empfehlung des Parlaments sind aus kommunaler Sicht durchaus erfreulich:

- Ausnahme öffentlicher Dienstleistungen, unter beispielhafter Nennung von Wasserversorgung, Bildung und Gesundheitswesen;
- Verweis auf die umfassenden Rechte der lokalen Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit der Erbringung von Daseinsvorsorge;
- Öffnung der amerikanischen Beschaffungsmärkte, die auf vielen Ebenen „Buy American“ praktizieren;
- Berücksichtigung der EU-Vergabe- und Konzessionsrichtlinien in den weiteren Verhandlungen mit den USA;
- Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofs anstelle von ISDS;
- Arbeitnehmerschutzrechte auch in den USA durch Ratifizierung von acht ILO-Konventionen;

Das EU-Parlament muss dem fertig ausgehandelten TTIP-Abkommen zustimmen. Die Kommission hat also ein Interesse daran, die Empfehlungen des Parlaments im weiteren Verhandlungs-verlauf zu berücksichtigen.



26 TeilnehmerInnen bei der GVV-Reise nach Barcelona: Von 3. bis 7. Juni 2015 organisierte der GVV Burgenland eine Reise nach Barcelona. Die Nachfrage war groß: 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen das Reiseangebot gerne an. Die GVV Reise fand seit 2012 nicht mehr statt und wurde nun unter GVV Präsident Erich Trummer wieder aufgenommen. Vizepräsidentin Renate Habetler und GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold führten die Delegation an, da Präsident Trummer wegen der gleichzeitig laufenden Regierungsverhandlungen nicht an der Reise teilnehmen konnte.

Foto: GVV Burgenland



GVV Präsident Trummer dankt dem scheidenden Landesrat Dr. Peter Rezar

Nach 16 erfolgreichen Jahren als Mitglied der Burgenländischen Landesregierung nimmt Landesrat Dr. Peter Rezar nun Abschied aus dieser Funktion. Auch GVV Präsident Erich Trummer und GVV Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold bedankten sich bei Rezar für dessen geleistete Arbeit (Bild links).

Der Zuständigkeitsbereich Rezars als Regierungsmitglied war breit gefächert, vielfältig und umfasste die Bereiche Krankenanstalten, Gesundheit, Lebensmittelaufsicht, Soziales, Altenwohn- und Pflegeheime, Hauskrankenpflege / Soziale Dienste, Jugendwohlfahrt und Arbeitnehmerförderung. Seit 1990 ist Rezar Bezirksparteivorsitzender der SPÖ-Oberpullendorf, von 1990 - 1991 war er Mitglied des Bundesrates. 1991 wechselte er als Abgeordneter in den Burgenländischen Landtag und übernahm die Funktion des Obmanns des SPÖ-Landtagsklubs. Seit 19. Mai 1999 ist der Jurist Mitglied der Bgld. Landesregierung.

Foto: Büro LR Rezar

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: DANEK Grafik + Repro + Druck
 Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M